

Verhandlungsschrift Nr. 9

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde St. Marienkirchen an der Polsenz am Donnerstag, 17. März 2011, im Sitzungssaal der Gemeinde.

Beginn: 19:00 Uhr

Anwesend sind folgende Mitglieder des Gemeinderates

ÖVP:

Ing. Josef Dopler
Werner Hellmayr
Eva Wahlmüller
Mag. Peter Weissenböck
Johann Schöberl
Gerlinde Enzelsberger
Bernd Baumgartner
Josef Feischl
Mag. Petra Schweitzer EM
Mag. Gerhard Hummer
Birgit Lindinger
Gerlinde Hintenaus
Ing. Gerhard Angster

SPÖ:

Erich Pilsner
Friedrich Schultes jun. EM
Robert Binder
Jutta Pöll
Ing. Siegfried Dobler
Dr. Michaela Petz
Friedrich Schultes sen.
Christian Scharinger
Ing. Harald Hollnsteiner

FPÖ:

Erich Meixner EM
Franz Pollhammer
Rudolf Eder

Entschuldigt ferngeblieben:

Ernestine Finzinger, ÖVP; Franz Greinöcker, ÖVP; Sabine Rathmayr, SPÖ; Herbert Brandscheid, SPÖ; Gerhard Humer, SPÖ; Petra Kraxberger, SPÖ; Sylvia Geiselmayer, SPÖ; Christine Finzinger, SPÖ; Dominik Scharinger, SPÖ; Andreas Hackl, SPÖ; Christoph Schieber, FPÖ

Nach § 66 (2) der Oö. Gemeindeordnung 1990 ist Amtsleiter Josef Baumgartner anwesend. Der Amtsleiter ist zugleich Schriftführer.

Der Bürgermeister stellt fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen und kundgemacht wurde, die Verständigung hiezu an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist und dass der Gemeinderat beschlussfähig ist, da die erforderliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates anwesend ist.

Frau Dr. Michaela Petz legt gem. § 20 Abs. 4 OÖ Gemeindeordnung dem Vorsitzenden gegenüber das Gelöbnis ab.

Bürgermeister Ing. Dopler verweist darauf, dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung des Gemeinderates zur Einsicht aufliegt und dagegen noch bis zum Ende der Sitzung Einwendungen eingebracht werden können.

Sodann wird folgende Tagesordnung abgewickelt:

1. Prüfberichte der Bezirkshauptmannschaft Eferding vom 13. 1. 2011 und 27. 1. 2011

Bürgermeister Ing. Dopler ersucht den Obmann des Prüfungsausschusses, die Prüfberichte zur Kenntnis zu bringen.

Obmann Eder bringt den Prüfbericht der Bezirkshauptmannschaft Eferding vom 13. 1. 2011 über die Überprüfung des Nachtragsvoranschlages 2010 sowie den Prüfbericht der

Bezirkshauptmannschaft Eferding vom 27. 1. 2011 über die Prüfung des Voranschlages 2011 vollinhaltlich zur Kenntnis.

Die Prüfberichte werden ohne Wechselrede zur Kenntnis genommen.

2. Rechnungsabschluss 2010

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass der Rechnungsabschluss 2010 im ordentlichen Haushalt Einnahmen von € 3.242.509,20 und Ausgaben von € 3.512.560,24 und somit einen Sollfehlbetrag von € 270.051,04, und im außerordentlichen Haushalt Einnahmen von € 1.313.257,26 und Ausgaben von € 1.714.498,23, somit einen Sollfehlbetrag von € 401.240,97 aufweist. Im Sollfehlbetrag des ordentlichen Haushaltes ist auch der durch Bedarfszuweisungsmittel nicht gedeckte Abgang 2009 enthalten.

Bürgermeister Ing. Dopler ersucht den Obmann des Prüfungsausschusses, den Prüfbericht des Prüfungsausschusses betreffend die Prüfung des Rechnungsabschlusses 2010 zur Kenntnis zu bringen.

Obmann Eder bringt den Prüfbericht des Prüfungsausschusses vom 1. März 2011 vollinhaltlich zur Kenntnis.

Bürgermeister Ing. Dopler dankt dem Obmann. Er bemerkt, dass die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Landeshauptleuten hinsichtlich der Einführung einer Pflegeversicherung ein positives Zeichen zur Entlastung der Gemeindefinanzen darstellt.

Obmann Rudolf Eder beantragt, den Rechnungsabschluss 2010 mit Einnahmen von €3.242.509,20 und Ausgaben von €3.512.560,24 und somit einem Sollfehlbetrag von €270.051,04 im ordentlichen Haushalt und Einnahmen von €1.313.257,26 und Ausgaben von € 1.714.498,23, somit einem Sollfehlbetrag von €401.240,97 im außerordentlichen Haushalt zu beschließen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

3. Kassenkredit 2011

Herr Johann Schöberl rückt vom Verhandlungstisch ab.

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass für den Kassenkredit 2011 gemäß § 83 Oö. Gemeindeordnung in Höhe von € 502.980,00 4 Kreditinstitute zur Anbotlegung eingeladen wurden; 3 Anbote wurden eingebracht:

Raiffeisenbank Reg.Eferding	Sparkasse Eferding	Volksbank Eferding
3-Monats-Euribor + 0,50 % = 1,52%	3-Monats-Euribor + 0,50% = 1,52%	3-Monats-Euribor + 0,70% = 1,72%
Überziehung: + 0,50 % p.a.	Überziehung: + 2,00 % p.a.	Überziehung: + 0,50%

Herr Hellmayr bemerkt, dass die Anbote von Raiffeisenbank Eferding und Sparkasse Eferding bis auf die Überziehungszinsen gleich sind; die Raiffeisenbank zahlt ca. das Doppelte an Kommunalabgabe wie die Sparkasse.

Herr Hellmayr beantragt, den Kassenkredit in Höhe von €502.980,00 nach Bedarf zu 2/3 bei der Raiffeisenbank Region Eferding und zu 1/3 bei der Sparkasse Eferding-Peuerbach-Waizenkirchen aufzunehmen.

Herr Ing. Dobler findet diese Aufteilung zu krass, da bisher der Kassenkredit je zur Hälfte aufgeteilt war, er fände eine Aufteilung 60 : 40 gerecht.

Herr Hellmayr bemerkt, dass die Kommunalabgabe und die Anzahl der Beschäftigten in der Gemeinde für die Gemeinde sehr wohl von Interesse sind.

Herr Pilsner stellt fest, dass die Raiffeisenbank das günstigere Anbot gelegt hat und die Kommunalabgabe durchaus berücksichtigt werden kann. Er verweist auf das Service für die örtlichen Vereine durch die heimischen Banken.

Herr Ing. Dobler schlägt vor, allfällige Überziehungen bei der Raiffeisenbank in Anspruch zu nehmen.

Bürgermeister Ing. Dopler findet die Aufteilung entsprechend dem Antrag nachvollziehbar.

Alle stimmen für den Antrag von Herrn Hellmayr, nur Herr Ing. Dobler und Frau Dr. Petz enthalten sich der Stimme.

Damit ist der Antrag mit erforderlicher Stimmenmehrheit angenommen.

Herr Schöberl rückt wieder an den Verhandlungstisch.

4. Darlehensverträge: Änderung der Laufzeit auf 33 Jahre

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass seitens des Landes OÖ darauf gedrängt wird, die Laufzeiten der für Siedlungswasserbauten (Wasserversorgung und Abwasserentsorgung) aufgenommenen Darlehen auf 33 Jahre zu verlängern. Wenn die Laufzeiten der Darlehen verlängert werden, sind die Verträge entsprechend zu ändern; nach ersten Anfragen bei den Darlehensgebern ist dabei allerdings mit einer nicht unerheblichen Erhöhung der Zinsen zu rechnen (ca. € 133.000,00 Mehrkosten); die größte Zinserhöhung ergibt sich bei den Darlehen der PSK, die niedrigste bei der Raiffeisenbank. Zudem ist zu befürchten, dass bei so langen Laufzeiten bereits Reparaturkosten für die Kanäle anfallen, wenn diese noch gar nicht ausfinanziert sind. Derzeit ist eine Kostendeckung für Betrieb und Annuitäten gegeben.

Bürgermeister Ing. Dopler wird sich in Gesprächen mit dem Land für eine Beibehaltung der Laufzeit für die bereits aufgenommenen Darlehen einsetzen, neue Darlehen sind mit einer Laufzeit von 33 Jahren auszuschreiben.

Auch Herr Binder spricht sich für eine Beibehaltung der Laufzeit für bestehende Darlehen aus.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, die Laufzeit der bestehenden Darlehen für Siedlungswasserbauten nicht zu ändern, neue Darlehen aber mit einer Laufzeit von 33 Jahren auszuschreiben.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

5. Änderung Finanzierungsplan für Baumaßnahmen an der B 134 – Kreuzung Jungreith

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass bei dem im September 2010 beschlossenen Finanzierungsplan zur Deckung des Gemeindeanteils der Baumaßnahmen bei der Kreuzung Jungreith Bedarfszuweisungsmittel vorgesehen sind. Bedarfszuweisungsmittel können lt. Auskunft des Gemeindereferenten nicht gewährt werden, es soll dafür ein langfristiges Darlehen aufgenommen werden. Der Finanzierungsplan ist daher entsprechend abzuändern.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, nachstehenden Finanzierungsplan für den Gemeindeanteil für die Baumaßnahmen an der B 134 im Kreuzungsbereich Jungreith zu beschließen:

Finanzierungsmittel	Betrag in €
Darlehen	120.000
Summe:	120.000

Herr Schultes fragt, ob Bedarfszuweisungsmittel zugesagt waren.

Bürgermeister Ing. Dopler verneint dies; er verweist auf die schwierige Finanzsituation auch beim Land. Er bemerkt, dass die Angelegenheit zwischen Gemeinderat und Baureferat abzuklären ist.

Herr Pilsner fragt, wie lange die Unternehmer schon auf die Bezahlung der Rechnungen warten.

Herr Hellmayr teilt mit, dass die Abnahme der Gewerke vor zwei Wochen war.

Der Antrag des Bürgermeisters wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

6. Darlehen für Baumaßnahmen Kreuzung Jungreith

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass für den Gemeindebeitrag zu den Baumaßnahmen bei der Kreuzung Jungreith ein Darlehen von € 120.000,00 aufzunehmen ist. 5 Kreditinstitute wurden zur Anbotlegung eingeladen, von 3 Banken wurden Angebote eingebracht:

Raiffeisenbank Reg.Eferding	Sparkasse Eferding	Volksbank Eferding
6-Monats-Euribor + 0,58 % = 1,83%	6-Monats-Euribor + 0,59% = 1,84%	6-Monats-Euribor + 0,65% = 1,90%

Herr Johann Schöberl rückt vom Verhandlungstisch ab.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde ein Darlehen bis zu € 120.000,00 bei der Raiffeisenbank Region Eferding aufzunehmen und den im Entwurf vorliegenden Darlehensvertrag zu beschließen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

Herr Schöberl rückt wieder an den Verhandlungstisch.

7. Frauenförderprogramm gemäß OÖ Gemeinde-Gleichbehandlungsgesetz

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass laut § 34 Absatz 1 OÖ Gemeinde-Gleichbehandlungsgesetz der Gemeinderat ein Frauenförderprogramm zu erlassen hat, auch wenn derzeit 19 weibliche und nur 7 männliche Bedienstete im Gemeindedienst stehen.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, das im Entwurf vorliegende Frauenförderprogramm zu beschließen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

8. WAG-Mietwohnung: Wohnungsvergabe nach Kündigung Eder Fritz

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass nach der Kündigung der Mietwohnung Nr. 5 in Kirchenplatz 28 die Wohnung mit 1. 5. 2011 neu zu vergeben ist. Er bringt die vorgemerkten Wohnungssuchenden zu Kenntnis.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, der WAG Frau Marlene Bernkopf als Nachmieterin für die Wohnung Nr. 5 in Kirchenplatz 28 vorzuschlagen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

9. Auftragsvergabe Schotterlieferung 2011

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass für 2011 der Auftrag für Schotterlieferungen für Straßenerhaltung und –bau zu vergeben ist. Da die von der Fa. Treul bekannt gegebenen Preise doch erheblich von denen des Vorjahres abweichen, schlägt die ÖVP-Fraktion vor, die Schotterlieferung auszuschreiben.

Diesem Vorschlag wird einhellig zugestimmt.

10. Auftragsvergabe Erdarbeiten 2011

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass für 2011 der Auftrag für diverse Erd- und Transportarbeiten zu vergeben ist. Die Fa. Haslinger-Erdbau hat mitgeteilt, dass die Erdarbeiten (Bagger- und LKW-Einsatz) bei einem Aufschlag von 5 % auf die Preise der Vorjahre angeboten werden.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, den Auftrag an die Fa. Haslinger-Erdbau auf Grundlage des vorliegenden Preisvorschlages für die anfallenden Erd- und Transportarbeiten auf 2011 zu verlängern.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

11. Straßenrandpflege: Anpassung der Entschädigung

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass für die Straßenrandpflege 2003 eine Entschädigung beschlossen wurde, nach 8 Jahren soll diese an die Teuerung angepasst werden.

Herr Pilsner fordert für den Gemeinderat eine Auflistung, wo diese Straßenrandpflege erfolgt. Bürgermeister Ing. Dopler bemerkt, dass eine solche bei der Gemeinde nicht vorliegt, diese aber von der Ortsbauernschaft erstellt werden kann.

Herr Pilsner regt an, zu informieren, dass auch für die Pflege der Flächen, welche an Bauflächen oder Bauplätze angrenzen, Entschädigungen beantragt werden können.

Frau Wahlmüller beantragt, die jährliche Entschädigung für die Pflege der im öffentlichen Gut befindlichen Grünflächen neben Gemeinestraßen und Güterwegen, welche an landwirtschaftlich genutzte Flächen angrenzen, zu den im Gemeinderatsbeschluss vom 26. 6. 2003 festgelegten Bedingungen mit einer Jahrespauschale von € 5.150,00 und für solche Flächen, welche an Bauflächen oder Bauplätze angrenzen, € 0,14 je Laufmeter festzulegen. Die Entschädigung ist jährlich entsprechend dem VPI anzupassen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

12. LAWOG-Vereinbarung

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass die LAWOG bereit ist, auf dem Bauareal südlich des Friedhofs Wohnungen zu errichten. Vorerst soll nur ein Gebäude errichtet werden, dazu soll eine Vereinbarung abgeschlossen werden, in welcher der Gemeinde ein Vorschlagsrecht eingeräumt wird und welche eine Ausfallhaftung enthält, wenn Wohnungen länger als 2 Monate nicht belegt werden können. Die im Entwurf vorliegende Vereinbarung soll nach Möglichkeit dahingehend abgeändert werden, dass der Einweisungsvorschlag der Gemeinde binnen 12 Wochen einzubringen ist und dass die Gültigkeit der gesamten Vereinbarung auf die Dauer des Abschreibungszeitraumes des Mietwohnhauses beschränkt ist.

Herr Pilsner versteht die gewünschte Absicherung der LAWOG, hält aber Verhandlungen zur gewünschten Vereinbarungsabänderung sinnvoll. Das Wohnungskontingent wurde von der LAWOG für St. Marienkirchen an der Polsenz reserviert. Das Projekt muss neu aufgenommen werden, dazu wäre ein Gespräch mit dem Wohnbaureferenten zweckmäßig.

Bürgermeister Ing. Dopler bemerkt, dass die LAWOG durch interne Umschichtungen das Kontingent für St. Marienkirchen sichern kann. Er wird dies noch mit Herrn Landesrat Dr. Hainbuchner und dem Vorstandsdirektor der LAWOG besprechen. Er möchte den Baubeginn mit Herbst 2011.

Herr Mag. Weissenböck weist darauf hin, dass zusätzliche Wohnungen in St. Marienkirchen insbesondere für junge Menschen notwendig seien, eine Verhandlung hinsichtlich der Ausfallshaftung ist notwendig.

Herr Ing. Hollnsteiner bemerkt, dass es zweckmäßig wäre, zuerst den TOP 20 zu behandeln. Er bemängelt, dass die Grundnachbarn über die vorgesehene Änderung der Bebauungsrichtlinie nicht verständigt wurden.

AL Baumgartner teilt mit, dass im Verfahren zur Änderung eines Bebauungsplanes nicht vorgesehen ist, Grundnachbarn zu verständigen; analog ist auch bei Bebauungsrichtlinien vorzugehen.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, die vorliegende Vereinbarung mit der LAWOG zu beschließen, wobei in Verhandlungen versucht werden soll, die Frist für den Vergabevorschlag sowie der Ausfallhaftung auf 12 Wochen abzuändern und die Gültigkeit der Vereinbarung mit der Dauer des Abschreibungszeitraumes des Mietwohnhauses zu beschränken.

Alle stimmen für den Antrag, nur Herr Ing. Hollnsteiner enthält sich der Stimme.

Damit ist der Antrag des Bürgermeisters mit erforderlicher Stimmenmehrheit angenommen.

13. Vereinbarung mit der Fa. Zellinger betreffend die Sammlung der Bioabfälle im Gemeindegebiet

Bürgermeister Ing. Dopler bringt die Vereinbarung vollinhaltlich zur Kenntnis.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, die im Entwurf vorliegende Vereinbarung mit der Fa. Zellinger betreffend die Sammlung der Bioabfälle im Gemeindegebiet St. Marienkirchen zu beschließen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

Herr Schultes sen. fragt an, wie viele Einwände gegen die verordnete Biotonnenabfuhr beim Gemeindeamt eingelangt sind.

Bürgermeister Ing. Dopler bemerkt, dass die Angelegenheit unter „Allfälliges“ besprochen werden soll.

14. Kanalbau BA 13: Förderungsvertrag

Bürgermeister Ing. Dopler bringt den Fördervertrag zum Bau der Abwasserbeseitigungsanlage Bauabschnitt 13 vollinhaltlich zur Kenntnis.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, den Fördervertrag zur Errichtung der Abwasserbeseitigungsanlage Bauabschnitt 13 (Obergrub, Kirchholz, Kaltenberg, Holzwiesen) zwischen dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt

und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber und der Marktgemeinde St. Marienkirchen an der Polsenz als Förderungsnehmer zu beschließen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

15. Kanalbau BA 13: Auftragsvergabe Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten, maschinelle und elektrische Installation

Die Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten, maschinelle und elektrische Installation wurde allgemein ausgeschrieben; die Anboteröffnung war am 1. 3. 2011. Auf Grund der geprüften Angebote ist die Fa. Hitthaller & Trixl BaugesmbH, Leoben, von 15 Bietern Bestbieter.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, die Fa. Hitthaller & Trixl BaugesmbH, Leoben, mit einer Anbotsumme von € 930.618,77 vorbehaltlich der Zustimmung der Aufsichtsbehörde mit den Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten, maschinellen und elektrischen Installation für das Kanalbauprojekt Bauabschnitt 13 zu beauftragen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

16. Kanalbau BA 13: Auftragsvergabe Überprüfungsmaßnahmen

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass die für den Kanalbau BA 13 erforderlichen Überprüfungsmaßnahmen beschränkt ausgeschrieben wurden; die Anboteröffnung war am 1. 3. 2011. Auf Grund der geprüften Angebote ist die Fa. Maier-Bauer Prüftechnik GmbH, Raab, Bestbieter.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, die Fa. Maier-Bauer Prüftechnik GmbH, Raab, vorbehaltlich der Zustimmung der Aufsichtsbehörde mit den Überprüfungsmaßnahmen für das Kanalbauprojekt Bauabschnitt 13 zu beauftragen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

17. Kanalbau BA 14: Auftragsvergabe Planungsarbeiten

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass für die Ortschaften Aibach/Fürneredt und Lengau ein Abwasserkanal errichtet werden soll, dies wäre Kanalbau BA 14. Für die Planungsarbeiten für dieses Projekt liegt ein Honorarvorschlag des Planungsbüros DI Dr. Flögl, Linz, vor. Da die Fördermittel des Bundes offensichtlich nur mehr kurze Zeit zur Verfügung stehen, sollte getrachtet werden, diese für den BA 14 noch zu sichern.

Auch für die Ortschaft Pernau besteht der Wunsch nach einem Kanal; im Bereich Römerstraße sollen mit der Marktgemeinde Wallern Gespräche hinsichtlich eines Kanalanschlusses an deren Kanalanlage geführt werden.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, das Planungsbüro FHCE – Ingenieurbüro Dr. Flögl Ziviltechniker GmbH, Linz, auf Grundlage des vorliegenden Honorarvorschlages mit den Planungsarbeiten für den Kanalbau BA 14 (Aibach/Fürneredt – Lengau) zu beauftragen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

18. Energiesparvorhaben in St. Marienkirchen: Beschluss

Bürgermeister Ing. Dopler ersucht Herrn Vizebürgermeister Hellmayr um Berichterstattung.

Vizebürgermeister Hellmayr berichtet, dass für die in der Sitzung am 16. 12. 2010 zur Kenntnis gebrachten Energiesparvorhaben (Maßnahmenblatt) ein Beschluss erforderlich ist.

Vizebürgermeister Hellmayr beantragt, die Realisierung der auf Basis des Energiekonzeptes erstellten Maßnahmenblattes nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten zu beschließen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

19. Bebauungsplan Holzwiesen: Umwandlung in Bebauungsrichtlinie

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass die Einleitung des Verfahrens zur Erstellung eines Bebauungsplanes Holzwiesen beschlossen wurde, um die Absicht des seinerzeitigen Grundeigentümers, die Baufläche in Holzwiesen sehr dicht zu bebauen, zu verhindern. Da nunmehr diese Absicht nicht mehr besteht, ist es ausreichend, wenn lediglich Bebauungsrichtlinien einschließlich der neu als Bauland gewidmeten Fläche erlassen werden, in welcher die Art der Bebauung festgelegt werden soll. Die Baurichtlinien sollen im zuständigen Ausschuss beraten werden.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, den Beschluss zur Einleitung des Verfahrens zur Erstellung eines Bebauungsplanes Holzwiesen aufzuheben und für die Baufläche Holzwiesen Bebauungsrichtlinien festzulegen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

20. Bebauungsrichtlinien Gaisböck-Holzmann: Änderung

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass die Bebauungsrichtlinie abzuändern ist, da auf der Baufläche Gaisböck-Holzmann Wohnblöcke errichtet werden sollen.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, die Bebauungsrichtlinien Gaisböck-Holzmann an die vorgesehene Bebauung durch Mietwohnhäuser anzupassen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

21. Flächenwidmungsplan Nr. 5 – Änderungsplan Nr. 1 (Anregung Pollhammer)

Herr Franz Pollhammer rückt vom Verhandlungstisch ab.

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass für die Flächenwidmungsplanänderung das Verfahren abgeführt wurde und gegen die Änderung keine Einwände vorgebracht wurden.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, den Änderungsplan Nr. 1 gemäß § 33 (3) OÖ ROG zu beschließen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

Herr Pollhammer rückt wieder an den Verhandlungstisch.

22. Flächenwidmungsplan Nr. 5 – Änderungsplan Nr. 2 (Anregung Wiesinger)

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass für die Flächenwidmungsplanänderung das Verfahren abgeführt wurde und gegen die Änderung keine Einwände vorgebracht wurden.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, den Änderungsplan Nr. 2 gemäß § 33 (3) OÖ ROG zu beschließen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

23. Flächenwidmungsplan Nr. 5 – Anregung auf Änderung:

Anregung Kreilmeier Helmut

Anregung Holzmüller Josef

Anregung Lieb Regina

Anregung Pehringer Mario

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass vorstehende Personen Anregungen zur Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5 eingebracht haben; Herr Holzmüller hat jedoch seine Anregung nach Ausschreibung der Gemeinderatssitzung zurück gezogen. Der Gemeinderat hat gemäß § 33 (2) OÖ ROG zu beschließen, ob der jeweils vorliegende Planentwurf beschlossen und damit das Verfahren zur Umwidmung eingeleitet wird. Planunterlagen zu den jeweiligen Flächen werden über Powerpoint gezeigt.

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass Herr Kreilmeier die Absicht hat, die als Baufläche (Dorfgebiet) gewidmete Fläche sowie den darauf befindlichen Hof durch Parzellierung und ev. Wohnungseinbau zu verwerten; dazu ist die Widmung „Wohngebiet“ zweckmäßig.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, entsprechend der Anregung von Herrn Helmut Kreilmeier für die als „Dorfgebiet“ gewidmete Fläche der Parz. Nr. 288 KG St. Marienkirchen das Verfahren zur Änderung in „Wohngebiet“ einzuleiten. Die Kosten für das Verfahren sowie für das dazu erforderliche hanggeologische Gutachten sind vom Eigentümer zu tragen.

Herr Ing. Hollnsteiner fragt an, ob das Verfahren nur die Parz. Nr. 288 umfasst. Der Bürgermeister bejaht dies.

Herr Binder fragt an, ob dafür ein hanggeologisches Gutachten erforderlich ist. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass wegen der Standfestigkeit dieses Gutachten vom Anreger beizubringen ist.

Herr Ing. Dobler fragt an, ob benachbarte Liegenschaftsbesitzer Tierhaltung betreiben.

Dem Bürgermeister teilt mit, dass ein landwirtschaftlicher Betrieb angrenzt, ob dieser Tierhaltung betreibt, ist ihm nicht bekannt.

Der Antrag des Bürgermeisters wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

Obmann Ing. Angster beantragt, entsprechend der Anregung von Frau Regina Lieb für die als „landwirtschaftliche Nutzfläche“ gewidmete und auf 3 Seiten von Wohngebiet umgrenzte Teilfläche der Parz. Nr. 1005/1 KG Fürneredt das Verfahren zur Änderung in „Wohngebiet“ einzuleiten, Die Kosten für das Verfahren sind von der Eigentümerin zu tragen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

Obmann Ing. Angster beantragt, entsprechend der Anregung von Herrn Mario Pehringer für die als „landwirtschaftliche Nutzfläche“ gewidmeten auf dem Planentwurf

dargestellten Teilflächen der Parz. Nr. 240/4 und 242/1 KG St. Marienkirchen das Verfahren zur Änderung in „Dorfgebiet - fF“ einzuleiten, Die Kosten für das Verfahren sind vom Eigentümer zu tragen.

Bürgermeister Ing. Dopler bemerkt, dass im Verfahren auch der Hochwasserabflussbereich sowie der Begleitbewuchs des vorhandenen Grabens mitbedacht werden.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

24. Eder Friedrich: Berufung gegen Bescheid Zl. Bau-2871-03/Ra vom 23. 9. 2010

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, die Angelegenheit und Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandeln.

Für den Antrag stimmen:

Werner Hellmayr, Eva Wahlmüller, Mag. Peter Weissenböck, Johann Schöberl, Gerlinde Enzelsberger, Bernd Baumgartner, Josef Feischl, Mag. Petra Schweitzer, Mag. Gerhard Hummer, Birgit Lindinger, Gerlinde Hintenaus, Ing. Gerhard Angster, Erich Meixner, Franz Pollhammer, Rudolf Eder und Bürgermeister Ing. Josef Dopler

Gegen den Antrag stimmt:

Schultes Friedrich jun.

Der Stimme enthalten sich:

Erich Pilsner, Robert Binder, Jutta Pöll, Ing. Siegfried Dobler, Dr. Michaela Petz, Friedrich Schultes sen., Christian Scharinger, Ing. Harald Hollnsteiner

Damit ist der Antrag des Bürgermeisters mit erforderlicher Stimmenmehrheit angenommen.

Über den weiteren Verlauf der Sitzung zu diesem Tagesordnungspunkt wird eine gesonderte, nicht öffentliche Verhandlungsschrift geführt.

25. Allfälliges

a) Bürgermeister Ing. Dopler lädt die Mitglieder des Gemeinderates zur Exkursion nach St. Anna am Aigen ein, es sollen dabei sowohl eine Mostothek als auch eine Vinothek besichtigt und über die konkrete Praxis dieser Einrichtungen Informationen eingeholt werden.

b) Bürgermeister Ing. Dopler informiert, dass Herr Alfred Otto Männer für seine Verdienste für die Gemeinde das Silberne Verdienstzeichen der Republik Österreich verliehen erhält.

c) Bürgermeister Ing. Dopler weist darauf hin, dass sich für folgende in den Sitzungsplänen angeführten Sitzungen wegen Terminkollisionen Änderungen ergeben:

Die vorgesehene Gemeinderatssitzung am 5. Mai 2011 wird auf den 4. Mai 2011 vorverlegt und die vorgesehene Gemeindevorstandssitzung am 7. Juli 2011 wird auf den 6. Juli 2011 vorverlegt.

d) Herr Schultes sen. fragt an, ob Fragen zur Biotonneneinführung eingebracht wurden.

Bürgermeister Ing. Dopler bejaht dies, eine Nachberatung erscheint jedoch erst im Herbst 2011 sinnvoll, da dann schon gewisse Erfahrungswerte vorliegen.

Herr Schultes ersucht, die Fragen bzw. Einwände zu dokumentieren. Ihn stört, dass nun nach Einführung der Biotonne der Mindestintervall für die Restmüllabfuhr noch immer bei 6 Wochen liegt und nicht auf 8 Wochen verlängert werden kann.

Bürgermeister Ing. Dopler stimmt dem zu, da bei einer ordnungsgemäßen Trennung ein 8-Wochen-Intervall nicht problematisch sein kann; das betreffende Landesgesetz (Oö. AWG 2009) sieht jedoch verpflichtend für die Hausabfälle einen Mindestabholintervall von 4 Wochen vor, nur in Bereichen, in denen eine Abholung der Biotonnenabfälle oder eine ordnungsgemäße Eigenkompostierung erfolgt, kann der Intervall auf höchstens 6 Wochen verlängert werden.

Herr Pilsner bemerkt, dass die Anregung zur Verlängerung des Intervalls für die Hausabfallabholung beim BAV eingebracht und entsprechend interveniert werden soll.

e) Herr Pilsner fragt, ob für das Freibad bereits ein Badewärter in Aussicht ist.

Er stellt fest, dass die Türen des Badkabinentraktes und die Kloanlagen sehr sanierungsbedürftig sind.

Er fragt an, ob seitens der Gemeinde – wie von ihm angeregt – ein Schreiben an die Post gerichtet wurde, in welchem die Gemeinde für die für die Post verrichtete Arbeit eine Entschädigung einfordert. AL Baumgartner teilt mit, dass ein derartiges Schreiben noch nicht ergangen ist.

Bürgermeister Ing. Dopler teilt mit, dass der Freibadbuffetbetreiber des Vorjahres Interesse daran hat, als Badewärter zu arbeiten. Die Türen des Freibades werden vor Saisonbeginn durchgesehen und bei Bedarf saniert.

f) Bürgermeister Ing. Dopler teilt mit, dass bei der Grünschnittabgabe beim Kompostierbetrieb vielfach deutlich größere Mengen eingetragen als tatsächlich angeliefert werden, dies verteuert die Abfallentsorgung, da mit der Gemeinde nach den eingetragenen Mengen abgerechnet wird. Die Kosten sind in die Abfallgebühr einzurechnen. Es soll in der Gemeindezeitung aus Gründen der Kostenwahrheit darauf hingewiesen werden, dass die Anlieferer für Grünschnitt und Strauchschnitt die tatsächlich angelieferte Menge eintragen.

Zur Tagesordnung wird nichts mehr vorgebracht.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und keine Anträge und Wortmeldungen mehr vorliegen schließt der Vorsitzende um 22:20 Uhr die Sitzung.

Schriftführer:

Vorsitzender: